

Schluß

Als am 10. Juli 1940 das französische Parlament – im übrigen das gleiche, das 1936 die Volksfront-Regierung getragen hatte – der Gesetzesvorlage zur Übertragung der *pleins pouvoirs* an Marschall Pétain als *chef de l'Etat français* mit 569 zu 80 Stimmen zustimmte, befanden sich unter den Ja-Stimmen auch die von 43 der 59 FR-Abgeordneten¹. Es ist im Anschluß an dieses Votum die Frage aufgestellt worden, ob diese mehrheitliche Befürwortung eines autoritär-faschistischen Staates durch die parlamentarische Rechte einer gewissen inneren Notwendigkeit folgte, die in ganz Europa den Konservatismus der Zwischenkriegszeit gleichsam „automatisch“ in die Arme des Faschismus trieb, weg vom „liberalen System“, das wirtschaftliche Prosperität und die „Ordnung“ gegen die kommunistische Internationale nicht mehr zu garantieren schien². Bereits William D. Irvine hat versucht, darauf eine Antwort zu geben, indem er darauf hinwies, daß die FR im Laufe der 1930er Jahre im Inneren erodierte und vor allem ihre jungen und radikalen Elemente an die neuen, außerparlamentarischen Formen der politischen Rechten, die Ligen, verlor³. Aber auch die FR selbst wies mit ihren Vizepräsidenten Xavier Vallat und Philippe Henriot zwei Politiker auf, die ab 1934 dem parlamentarischen System feindlich gegenüberstanden und sich mit Überzeugung an das sogenannte Vichy-Frankreich anschlossen.

Diese Herausbildung eines republikfeindlichen Zuges im französischen Konservatismus als paradigmatisch und historisch notwendig zu betrachten, hieße aber nicht nur, den liberal-republikanischen Flügel der FR zu übergehen, den es um Pernet, Bardoux und selbst Marin eben auch gab, sondern auch die besondere Dynamik der 1930er Jahre zu unterschätzen. Erst die Auflösung der Versailler Ordnung ab 1930, der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und die Entstehung einer totalitären kommunistischen Bewegung in Frankreich haben bei

¹ 15 waren zum Teil abwesend oder mißtrauten wie Marin dem Marschall Pétain: sie wollten den Krieg weiter fortsetzen und enthielten sich ihrer Stimme. Nur ein einziger, der frisch von der Front angereiste Comte Léonel de Moustier, stimmt gegen das Gesetzesprojekt. Die Abstimmung bei Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 207, und die Auflistung der Namen bei Vavasseur-Desperriers, *Culture*, S. 903. Die beste Besprechung der Ereignisse und der Atmosphäre der Kammer bei Paxton, *La France de Vichy*, S. 72ff. Von de Moustier ist folgendes Diktum überliefert: „Oui, aussitôt sans hésiter, moi, marquis de Moustier, soi-disant royaliste et homme de droite, j'ai voté pour la République. Ce n'est cependant pas qu'ils n'aient essayé de me corrompre. – Comment vous! M'ont-ils dit à plusieurs reprises, qui avez des intérêts dans un certain nombre d'affaires industrielles, vous qui avez une nombreuse famille, réfléchissez et voyez si vous n'auriez pas intérêt à voter pour nous! Je les ai tout simplement éconduits et j'ai voté contre.“ In: Jules Jeanne-ney, *Journal Politique*, S. 90.

² Dies ist der Grundtenor der Arbeiten von Irvine, *French Conservatism in Crisis*, und Passmore, *From Liberalism to Fascism*.

³ Irvine, *French Conservatism in Crisis*, S. 98-126, ähnlich auch Passmore, *Boy scouting für Grown-ups?*

der parlamentarischen Rechten, ihrer Parteibasis und ihrer Wählerschaft Veränderungsprozesse eingeleitet, die Teile von diesen zu einer allmählichen Abkehr von der liberal-parlamentarischen Republik bewegten. Am Beginn der Zwischenkriegszeit, oder besser: am Ende des Ersten Weltkriegs, hatte aber genau die spiegelverkehrte Entwicklung gestanden, die große Teile der zuvor republikfeindlichen Rechten – das konservativ-katholische Lager um die ALP – an das liberale System, d.h. die parlamentarische Republik, *ralliiert* hatte. Auf Grund dieses sogenannten zweiten *Ralliements* war in Frankreich zum ersten Mal eine parlamentarische Rechte, eine *Droite modérée*, als Schmelzprodukt der rechtsliberalen *Progressisten* und der konservativen Katholiken entstanden, zunächst als Fraktion im Parlament (ERD), sodann ab 1924/25 als politische Partei (FR).

Es konnte in dieser Arbeit gezeigt werden, daß die Amalgamierung der beiden Traditionen in einer liberal-konservativen Sammlung mehrere Ursachen hatte, wobei gerade der Erste Weltkrieg als Katalysator sozialer und mentaler Prozesse eine besondere Rolle spielte. Der durch den Krieg verstärkte Nationalismus konnte die beiden herkömmlichen politischen Kulturen der *Droite* und *Gauche* teilweise überwölben und im Zeichen des Triumphes über Deutschland versöhnen. Der religiös-weltanschauliche Graben der Vorkriegszeit verlor deshalb an Tiefe und ermöglichte eine Allianz aus *progressistisch*-republikanischen und konservativ-katholischen Nationalisten. Zu diesen mental-kulturellen Veränderungen im Gefolge des Krieges gesellten sich auch soziale und ökonomische, die mit der veränderten Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft der Nachkriegszeit verbunden waren. Hierbei waren es vor allem ein rigider Antietatismus in sozialökonomischen und administrativen Fragen, die Einrichtung einer Verwaltungsebene auf regionaler Basis sowie der Wille zu einer Aufwertung der Exekutivorgane der Republik, die die rechtsliberale und katholische Strömung konvergieren ließen. Ein weiteres Feld gemeinsamer Aktion war eine natalistische Familienpolitik mit dem Idealbild der „kinderreichen Familie“, durch die der Bevölkerungsrückgang in Frankreich gestoppt und der bürgerliche Individualismus als gesellschaftlicher Leitwert ersetzt werden sollte. Schließlich konnte auch gezeigt werden, wie der Wille zur Aufrechterhaltung einer moralisch-sittlichen Ordnung und einer ländlichen Lebenswelt, gegen Kommunisten und Sozialisten, aber auch, und dies sei betont, gegen die moderne Massenkultur der Großstädte, zu einer gemeinsamen Basis für *Progressisten* und Katholiken werden konnte.

Nationalismus, Antietatismus, *Familialismus*, Ordnungsdenken und Agrarromantik – oder etwas verkürzt und plakativ: Ordnung, Familie, Vaterland – stellten also die wesentlichen Charakteristika der politischen Kultur und der Programmatik der liberal-konservativen Sammlung im Frankreich der 1920er Jahre dar. Als parlamentarisch-bürgerliche Rechte gehört sie damit weder soziologisch noch ideengeschichtlich zu dem an der *societas civilis* orientierten *Konservativismus*, wie ihn Kondylis analysiert hat, sondern lediglich in den weitgesteckten Raum des *Konservatismus*, den wir in Anlehnung an Andreas Rödter zu Beginn der Arbeit als „geistige Disposition“ mit der Fähigkeit zur Veränderung in der Zeit gefaßt haben. Für eine in diesem Sinne verstandene konservative politische Kultur erfüllte die liberal-konservative Sammlung zunächst die Bedingung der „*Theorielosigkeit*“, d.h. ihrem Denken und Handeln lag anders als dem Liberalismus oder Sozialismus kein ein-

heitliches philosophisches, der menschlichen Vernunft entsprungenes Axiom zugrunde, sondern lediglich eine teils bewußte, teils unterbewußte Orientierung am historisch Gewachsenen⁴. Dies haben gerade die Kapitel über den „neuen“ Regionalismus, die Agrarromantik, die Familienvorstellung und die Kulturkritik gezeigt. Die Vorstellungen der liberal-konservativen Sammlung waren damit in erster Linie *reaktiv*, d.h. eine Antwort auf die sozialökonomischen, politischen und mental-kulturellen Veränderungsprozesse in der französischen Gesellschaft. Auch dieser reaktive Charakter gehört zu den Charakteristika des Konservatismus⁵, weshalb ihn Karl Mannheim gerade nicht als inhaltlich definierte Wertvorstellung, sondern als eine politisierte Form des Traditionalismus bezeichnet hat, der immer aus Prinzip an den jeweiligen *Status quo* anknüpft, weil dieser das Gewachsene gegenüber dem Entstehenden, die Ordnung gegenüber der Bewegung verkörpere⁶.

Als ein letztes Charakteristikum des Konservatismus ist schließlich von den Konservatismusforschern immer wieder die Präferenz des *Irrational-Spirituellen* vor dem Rational-Aufgeklärten angeführt worden⁷. Auch dies ist bei der liberal-konservativen Sammlung grundsätzlich festzustellen, wobei aus ihm gleichzeitig auch der größte innere Unruheherd und die wichtigste Problematik der Partei entsprang: die religiöse Frage. Über die Frage, ob die Präferenz des Spirituellen vor dem Rationalen *in concreto* im Frankreich der 1920er Jahre eine Revision der Laizität der Republik, und wenn ja in welchem Ausmaß, mit sich bringen müßte, sind ERD und FR immer wieder auseinandergefallen, so wie sich auch die bürgerliche und die katholische Rechte vor 1914 darüber nicht einigen konnten. Erst eine politische Lösung auf dem Parteikongreß 1925 mit dem *rapport Soulier* sowie die gleichzeitig stattfindende gesellschaftliche Emanzipation eines liberalen und gegenüber der Modernität offenen Katholizismus aus der fundamentalkatholischen Klammer ermöglichten eine dauerhafte Harmonie der beiden Traditionen innerhalb der liberal-konservativen Sammlung.

Dieses gesplante Verhältnis der liberal-konservativen Sammlung zum Katholizismus spiegelte sich auch in ihrer Haltung zur katholischen Subgesellschaft der *Droite*, die sich nach der Kirchentrennung 1905 besonders stark herausgebildet hatte. Die FR versuchte nämlich – anders als die ALP vor 1914 – nicht, diese Sub-

⁴ Die meisten konservativen Denker seit Edmund Burke haben auf dieses Element hingewiesen, vgl. Rudolf Vierhaus, „Konservativ, Konservatismus“, S. 537ff.

⁵ Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 42, weist zu Recht daraufhin, daß der von Koselleck diagnostizierte Einschnitt in der Wahrnehmung von „Zeit“ nach der Aufklärung, insbesondere die sich ständig reduzierende Konstanz der Lebensverhältnisse, zu einer umfangreichen konservativen Gegenbewegung geführt haben. Insofern ist konservatives Denken nicht nur gegen den Liberalismus, sondern gegen eine faktische Veränderung von Erfahrungshorizonten entstanden. Koselleck hat diese These in ders., „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien entwickelt.

⁶ Mannheim, Das konservative Denken, S. 24–75.

⁷ Eben weil der Mensch und auch seine „raison“ begrenzt sei, brauche er spirituell-moralische Anleitung und Führung. Daraus resultierten dann bei den einzelnen konservativen Denkern und Politikern je unterschiedliche Forderungen nach einer gesellschaftlichen Hierarchie, nach religiösen Prinzipien und nach Ordnung. Vierhaus, „Konservativ, Konservatismus“, S. 537, Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 53 (mit den maßgeblichen Quellentexten), und von einem politologischen Standpunkt aus Huntington, Conservatism as an Ideology.

gesellschaft über die Weltanschauung, d. h. die katholische Religion anzusprechen und an diese anzudocken, sondern über verschiedene „nicht-religiöse“, aber sozial und moralisch konservative Weltbilder eine Verbindung zu allen nationalkonservativen Interessengruppen aufzubauen. Dazu zählten die Landwirtschafts-, die Familien- und z. T. auch die konservativen Veteranenverbände, deren politische Kultur die FR aufnahm und in die politische Debatte übertrug. Als sich nach 1924 mit der FNC de Castelnaus eine Revitalisierung des konservativ-katholischen Lagers auf gesellschaftlicher Ebene abzeichnete, mußten die liberal-konservativen Politiker, insbesondere die dezidierten Katholiken, einen schwierigen Balance-Akt zwischen Partei und katholischer Interessenorganisation vollführen. Eben weil die FNC auch antirepublikanische Mitglieder aufwies, mußten FR-Politiker darauf achten, keine allzu deutliche Allianz mit dieser einzugehen – trotz der zwei Millionen Mitglieder –, um nicht in den Verdacht reaktionärer Ambitionen zu geraten.

Die Distanz, die die FR stets zu den antirepublikanisch-reaktionären Elementen im katholischen Lager hielt, ist schließlich auch Ausdruck einer grundsätzlich systemtreuen Haltung der Fraktion und Partei während des Untersuchungszeitraums. Der Triumph der Französischen Republik über die Monarchien der Mittelmächte 1918 und das private *Ralliement* vieler Katholiken an ihr republikanisches Vaterland während des Krieges haben zu keiner Zeit – auch nicht in den Inflationsjahren 1924–1926 – antirepublikanische Sentiments in der liberal-konservativen Partei aufkommen lassen. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Republik blieb jedoch nicht nur Theorie. Vielmehr zeigten Fraktion und Partei eine anhaltende Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen; selbst der Erhalt der großen Koalition 1926–1928 galt der nationalkonservativen Parteiführung um Marin als Wert an sich – in Anlehnung an die *Union Sacrée* während des Krieges –, so daß man dafür sogar Forderungen und Grundsätze der Partei aufgab, mit Hilfe derer man gerade eine bedeutende Mitgliederschar im Land gesammelt hatte. Der Koalitionserhalt und das „Mitspielen“ in der parlamentarischen Republik sind vielmehr zur Matrix des politischen Handelns von ERD und FR/URD geworden und haben erheblich zur funktionalen Stabilität des französischen Parlamentarismus beigetragen. In kritischen Phasen hat die Partei keine Flucht aus, sondern in die Verantwortung angetreten. Diese zum Teil gegen den Willen der Departementalverbände durchgesetzte Parteilinie beweist ferner, daß die FR als erste liberal-konservative Partei Frankreichs auf halbem Weg von der Honoratiorenpartei (*parti des cadres*) zur Mitgliederpartei (*parti des militants*) stehengeblieben ist. Die Abgeordneten stellten weiterhin die entscheidende Macht auf dem Parteikongreß und mußten dem Druck der auf Rückzug aus der Regierung drängenden Basis nicht weichen⁸. Selbst der Parteivorsitzende Marin maß der Koalition aller bürgerlichen Parteien einen höheren Wert bei als einer nationalkonservativen Opposition.

Dieses dem parlamentarischen Spiel zugewandte Verhaltensmuster sollte sich als entscheidend für die Integration der verschiedenen, durch den Übergang von der vormodernen Agrar- zur modernen Industriegesellschaft hervorgebrachten

⁸ Mit dem Verweis auf die vielen liberalen Grüppchen und Gruppierungen der Mitte hat dies auch Manfred Kittel, Stärker als die „décadence“, S. 116f., betont.

Protestpotentiale in die Republik erweisen. Die Leitwerte, die die liberal-konservative Sammlung mit ihren sozialen Milieus und Interessengruppen verbanden, wie Agrarromantik, *Familialismus*, Nationalismus und Kulturpessimismus, konnten insofern keine systemgefährdende oder systemüberwindende Wirkung entfalten, sondern blieben mitsamt der daran angeschlossenen gesellschaftlichen Basis in das liberal-parlamentarische System eingebettet. Weil die URD/FR als größte parlamentarische Fraktion mit durchschnittlich etwa 100 Abgeordneten gut 20% der Abgeordneten stellte und regelmäßig an der politischen Macht partizipierte, konnte sie auch weiterhin als Garant der gesellschaftlichen Interessen dieser Gruppen auftreten. Sie büßte somit gegenüber den Landwirtschaftsverbänden, dem Unternehmertum, den Familienorganisationen und den konservativen Veteranen ihre soziale und interessenpolitische Integrationsfähigkeit nicht ein, zumal nicht wenige ihrer Politiker an den gesellschaftlichen Schaltstellen dieser Bewegungen saßen⁹. Ihr politisches Handeln trug in den 1920er Jahren deshalb nicht unerheblich zur Stabilisierung der Dritten Republik in Frankreich bei.

⁹ Über den Verlust der Integrationskraft der DNVP in Deutschland ab 1928 durch den Radikalisierungskurs Hugenberg's vgl. Wirsching, Koalition, Opposition, Interessenpolitik, S. 60ff.

